

Hamburgr Echo.

Das „Hamburgr Echo“ erscheint täglich, außer Sonntagen.
 Bezugspreis: nach die Post ohne Porto monatlich 4.50, vierteljährlich 12.00, durch die
 Auslieferung wöchentlich 54 Pf. frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 Pf.
 bei den Straßenhändlern 10 Pf. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnementsbedingungen monatlich 4.27, für das Ausland monatlich 4.40.

Redaktion: **Hamburg 36.** Expedition: **Hamburg 36.**
 Redaktionsstraße 11, L. E. Stod. Redaktionsstraße 11, E. G. Stod.

Verantwortliche Redakteur **Karl Peter-John** in Hamburg.

Anzeigen in nachgeordneten Beilagen oder deren Raum 4 Pf. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und
 Baustellenanzeigen 25 Pf. Anzeigenannahme Redaktionsstr. 11, Erdgeschoss (bis 4 Uhr nachmittags),
 in den Filialen (bis 8 Uhr), sowie in allen Annoncen-Büros, Plag- und Datenvermittlungen ohne Verbindlichkeit.
 Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
 Subskribenten: Erdgeschoss, Stadträteamt, 11, E. G. Stod. Redaktionsstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Altonaerstraße, bei Franz Wülfelberg, Altonaerstr. 17. **Gimsbüttel,** Vangensfelde bei Carl Dreier, Friedrichsallee 42. **Hoheluft,** Capendörf, Groß-Vorfeld und Winterhude bei Ernst Großkopf, Reihorferstr. 8. **Harburg,** Altonaerstr. bei Theodor Peters, Deutscher Bergstr. 145.
Nord-Verderf bei Robert Vitz, Poppenbühlstr. 13. **Hohenfelde, Bergfelde, Gamm, Horn, Schiffeld** und **Wahlwärd** bei Carl Oetel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bei Augustin Wülfel, bei Rud. Fuhrmann, Silberstr. 15. **Notenburgerort** und **Weddel** bei Fr. Habener,
 Wühl Röhrendamm 213a, Schpt. **Wahlwärd** bei S. Dellerich, Röhstr. 59, L. **Gilberf, Wandsbek, Gimsbüttel** und **Wahlwärd** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. **Ottensen, Wahrenfeld** bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Von links nach rechts.

Die Reichstagsführung am Dienstag hat ein ungewöhnliches Bild gezeigt. Von der linken wie von der rechten Seite wurde die Forderung erhoben, daß baldigst Gelegenheit geschaffen werde zu einer allgemeinen politischen Aussprache, um Klarheit über die Stellung der Regierung resp. des Reichskanzlers zu den Fragen der inneren und äußeren Politik zu schaffen. Das ist an sich ein durchaus berechtigtes Verlangen, aber die Nebereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und der äußersten Rechten muß doch etwas bedenklich machen. Daß die „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Konservativen am gleichen Strang zieht, ist ja im Reichstag keine neue Erscheinung mehr. Die Extreme der äußersten Negation rechts und links berühren sich gar leicht, wenn auch die Motive, die zur Negation treiben, ganz verschieden sind. Aber die sozialdemokratische Fraktion, die keine unnütze Demonstrationspolitik treiben will, am wenigsten im Kriege, sondern nach sachlichen Motiven handelt, muß sich unseres Erachtens stets fragen, ob sie auf dem richtigen Wege ist, wenn sie sieht, daß ihre schärfsten Gegner in die gleiche Kerbe haften.

Daß auch bei dem am Dienstag geäußerten Verlangen, der Reichskanzler solle sich über seine Politik klar aussprechen, auf der Linken ganz andere Motive wirksam sind als auf der Rechten, ist selbstverständlich. Man braucht sich ja nur zu erinnern, warum der Reichskanzler von der Rechten so bitter angefeindet wird, um zu wissen, welche Absichten dort mit dem Verlangen verfolgt werden. Ihre Gegnerschaft gegen den Reichskanzler richtet sich sowohl gegen dessen innere wie äußere Politik. Die erstere droht ihnen zu sehr, in fortgeschrittene Bahnen einzulassen; die letztere ist ihnen nicht draufgängerisch genug und hinsichtlich der zu verfolgenden Kriegsziele zu bescheiden und anspruchslos. Die Konservativen und mit ihnen die alldeutschen Amerionspolitiker möchten auf den Platz des Reichskanzlers einen Mann gestellt sehen, der nach außen ihren Kriegsziele genügt ist und der nach innen genügend Garantien bietet gegen eine Demokratisierung Deutschlands und Preußens. Ob ein solcher „starker Mann“ ihre Pläne ausführen könnte; ob dem nicht alle Zeitumstände entgegenstehen; ob im besonderen für die Verwirklichung ihrer Eroberungspläne die militärische Situation in Verbindung mit den wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges eine Möglichkeit offen läßt oder die fernere Entwicklung der Dinge, selbst unter unerhörten neuen blutigen Opfern, diese Aussicht noch eröffnen könnte — darüber scheint man sich auf der Seite der Kanzlerfeinde nicht viel Kopfzerbrechen zu machen.

Für das Verlangen von sozialdemokratischer Seite ist im gegenwärtigen Moment natürlich die auswärtige Politik wesentlich entscheidend, vor allem der brennende Wunsch, baldigst zum Friedensschluß zu kommen, den nicht nur das deutsche Volk mit allen Fasern seines Herzens herbeiseht; wir dürfen sicher sein, daß bei den übrigen in den Krieg verwickelten Völkern und bei den Neutralen das gleiche Sehnen besteht. Wie die Sozialdemokratie den Frieden beschaffen wünscht, das ist in dem jüngst veröffentlichten Beschluß des Parteiausschusses und des Parteivorstandes klar ausgesprochen worden: ein Friede ohne Amerionen und Kriegsziele, der kein Volk in eine demütigende und unerträgliche Lage drängt. Nur ein solcher Friede verpricht Dauer zu haben, weil er allen beteiligten Staaten die Möglichkeit fernerer freier Entwicklung gewährt. Auch nur, wenn sich die Regierungen auf diesen Boden stellen, ist einige Aussicht vorhanden, daß es bald zum Frieden komme und nicht erst die ganze Welt dem vollständigen wirtschaftlichen und kulturellen Ruin überantwortet werde und noch ungezählte Menschenopfer gebracht werden, bis die völlige Erschöpfung zum Frieden zwingt.

Selbstverständlich gilt die Forderung nicht nur unserer Regierung, sondern allen Regierungen der am Kriege beteiligten Staaten. Der klare Verzicht auf jede Eroberungspolitik muß von allen ausgesprochen werden. Von der neuen provisorischen Regierung in Rußland ist das ja geschehen, freilich erst auf Drängen des revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates und erst, nachdem Herr Miljutow vorher noch ein weitläufiges Kriegszielprogramm aufgestellt hatte. Der deutsche Reichskanzler hat ja schon am 4. August 1914 ausgesprochen, daß Deutschland keine Eroberungen machen wolle, sondern nur zur Abwehr der Feinde kämpfe. Er hat das später mehrfach, wenn auch in weniger klarer Form, wiederholt, in Rücksicht auf die furchtbaren Opfer des Krieges aber reale Garantien dagegen gefordert, daß Deutschland noch einmal überfallen werden könnte, wie das durch die Einkreisungsallianz geschehen ist. Unter solchen Garantien kann man sich ja sehr Vieles denken. Die Amerionspolitiker haben die Worte dahin ausgelegt, daß darunter alle möglichen Amerionen verstanden werden müßten und die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ hat, um einen Grund zur Opposition zu haben, behauptet, daß auch die Regierung solche Amerionen wolle, und hat damit den alldeutschen Eroberungspolitikern den Rücken stärken helfen. Andere haben unter den realen Garantien gewisse wirtschaftliche Sicherungen verstanden, und mit einem gewissen Recht könnte man auch in einer überstaatlichen Organisation zur Erhaltung des Friedens in der Welt eine solche Garantie sehen. Auf die Wilsonsche sog. Friedensnote, die auf das Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember v. J. folgte und bekanntlich die Bildung einer Liga von Nationen entregte, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleisten sollte, hat die deutsche Regierung geantwortet, daß sie bereit sei, an der Verhängung künftiger Kriege mitzuarbeiten, was ihrer Ansicht nach jedoch erst nach Beendigung des Krieges möglich sei. Nach dem späteren Verhalten Wilsons ist leider der Verdacht nicht unberechtigt, daß die von ihm propagierte Friedensliga

nur den Zweck haben sollte, vor diesem Weltforum Deutschland ins Unrecht zu setzen und es eventuell zu überstimmen.

Die Entente hat dann bekanntlich als Antwort auf die sog. Friedensnote Wilsons, die auch die Anregung enthielt, die kriegführenden Staaten möchten ihre Kriegsziele bekanntgeben, ihr geradezu wahnwitziges Eroberungsprogramm bekanntgegeben, das ebenso auf Kosten Deutschlands wie Österreich-Ungarns und der Türkei durchgeführt werden soll, obwohl das deutsche Friedensangebot ausdrücklich erklärt hatte, daß die eigenen Rechte und begründeten Ansprüche der Mittelmächte „in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen“; daß die Mittelmächte „nicht darauf ausgehen, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten“, und daß die Vorschläge, die sie zu den Friedensverhandlungen mitbringen würden und die darauf gerichtet seien, Dasein, Ehren und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens bilden. Die „Staatsmänner“ der Entente aber haben in ihren eigenen Parlamenten darauf mit den wütendsten Kriegsrufen geantwortet und jede Friedensverhandlung abgewiesen, bevor nicht Deutschland zerschmettert am Boden liege.

Die Friedensbereitschaft der Mittelmächte ist aber auch hinterher noch mehrmals sowohl von deutscher wie von österreichischer Seite bekundet worden. Die Auslassungen des österreichischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Czernin, und die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers über die Stellung zu dem neuen Rußland waren in der Hinsicht so deutlich, daß niemand an deren ehelichen Absichten, bald zum Frieden zu kommen, zweifeln kann. Wenn trotzdem auch mit dem neuen Rußland, das offiziell den Verzicht auf Eroberungen, für deren Erreichung das Zarenregiment den Krieg herbeiführte, ausgesprochen hat, Friedensverhandlungen noch nicht haben angebahnt werden können, so mag das mit daran liegen, daß man immer noch nicht weiß, wer in Rußland befugt und gewillt ist, Frieden zu schließen, und ob die provisorische Regierung, wenn den Willen auch die Macht dazu hat, Sie hat zunächst einen Sonderfrieden abgelehnt und erklärt, den Verpflichtungen gegenüber den anderen Ententesstaaten treu bleiben zu wollen. Das ist nach dem russischen Verzicht auf Eroberungen eine durch die eigenen russischen Interessen nicht gebotene Stellungnahme, die auch den Verdacht erregen könnte, daß die imperialistische russische Bourgeoisie unter Führung Miljutows noch die Hoffnung hegt, ihre vorläufig begabenen Pläne wieder aufleben lassen zu können, wenn es England und Frankreich doch noch gelingen sollte, in den Kämpfen im Westen einen durchschlagenden Erfolg zu erringen. Ist der Friedenswille in Rußland aber wirklich ernst, so wäre die logische Konsequenz des eigenen Verzichtes auf Eroberungen, nun auch England und Frankreich zu veranlassen, von ihren Eroberungsplänen abzusehen, um bald einen allgemeinen Frieden zu ermöglichen. Von solchen Einwirkungen hat man bisher aber nichts vernommen; dagegen wissen wir, daß von den Sendboten der „westlichen Demokratien“ in Rußland fortgesetzt darauf gedrängt wird, daß Rußland den Kampf gegen die Mittelmächte mit aller Schärfe wieder aufnehmen solle, um den Engländern und Franzosen Hilfe zu leisten, für welchen Zweck die eheliche Neigung Deutschlands zum Friedensschluß mit den gemeinsamen Mitteln verächtlich wird.

So ist die Situation gegenwärtig. Man muß sie sehr genau beachten, wenn man nicht in politische Fehler verfallen will, die eventuell verhängnisvoll werden können. Daß im Moment, mo im Westen der blutigste und opferreichste Kampf dieses Krieges tobt, wo mit der Vernichtung unserer Söhne und Brüder auch Deutschlands Zukunft vernichtet werden soll, wo von unseren Feinden das Rechte daran geschieht, dieses Kriegsziel zu erreichen — daß in solchem Moment unsere Regierung nicht leicht einen vollständigen Verzicht auf jeden Ertrag für alle die furchtbaren Opfer des Krieges aussprechen kann, liegt auf der Hand. Wir wollen gar nicht davon reden, daß dies wiederum, wie schon früher, auch Schwäche auslegt werden könnte, wodurch der Kampfeswille der Gegner erneut bekräftigt werden könnte. Aber es hieße für die Friedensverhandlungen — wenn die Gegner sich darauf einlassen — jede Möglichkeit aus der Hand geben, die Friedensbedingungen für Deutschland einigermassen günstig zu gestalten. Und bei den Bedingungen des Friedens kommt auch ohne Amerionenbestrebungen so viel in Frage: Freiheit der Meere, zukünftige Handelsbeziehungen, Möglichkeiten für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens usw., daß die deutsche Regierung nicht schon im voraus alle Trümper aus der Hand geben kann. Das ist es im wesentlichen, was die Regierung dieser Tage in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ offiziell erklären lassen, indem sie gleichzeitig als ihre Aufgabe bezeichnet, so bald wie möglich den Krieg zu einem glücklichen Ende zu bringen.

Wenn man davon auf der Rechten wie auf der Linken nicht befriedigt ist und auf die positive Erklärung der Regierung über ihre Kriegszielebestrebungen dringt, so ist das bei der Rechten viel mehr verständlich als bei der Linken. Die Rechte, die den Reichskanzler möglichst weit zu den Amerionspolitikern hinüberdrängen oder noch lieber ihn beiseiten möchte, um Raum zu schaffen für den „starken Mann“, hat ein Interesse daran, die stille Arbeit für den Frieden zu stören und die Gegenstände zu verschärfen, in der törichtigen Hoffnung, daß sich ihre Eroberungspläne doch noch verwirklichen lassen könnten. Die Linke hat aber sicher nicht die geringste Veranlassung, diesem trivialen Spiel noch in die Hände zu arbeiten dadurch, daß sie im gegenwärtigen Moment auf Erklärungen drängt, die in der gewünschten Offenheit heute kaum abgegeben werden können, ohne Deutschlands Interessen zu gefährden. Daß selbst der weitestgehende Verzicht Deutschlands im jetzigen Augenblick nach Westen wirkungslos bleiben würde, scheint uns außer Zweifel zu stehen. Ob die erhoffte

Wirkung nach Osten aber eintreten würde, ist unter den in Rußland jetzt obwaltenden Verhältnissen aber fraglich, so lange der Westen nicht friedensreif ist und Engländer und Franzosen nicht friedensbereit sind. Selbst bei der Friedensneigung und dem Friedensbedürfnis in Rußland ist es zu verstehen, wenn die Russen, zumal die imperialistischen Bourgeoisie — sofern nicht die äußerste Not das Gegenteil gebietet — erst abwarten wollen, wie das schmerzliche Ringen im Westen verläuft.

Unter solchen Verhältnissen darf man sich für die schnelle Herbeiführung des Friedens selbst von einem vollständigen Verzicht der deutschen Regierung nicht viel Wirkung versprechen. Das muß unseres Erachtens die friedensfreundliche Linke, vor allem die Sozialdemokratie, im Auge behalten. Sie darf sich nicht verleiten lassen, in guter Absicht, für unser Volk und die anderen Völker das Beste zu leisten, die friedens- und volksfeindlichen Pläne der konservativ-amerionistischen Politiker zu fördern.

Die Gewerkschaften für die Sicherheit des Reiches.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands richtete im Verein mit den Vertretungen der christlichen, kirchlichen, polnischen Arbeiterverbände, der kaufmännischen, Angestellten- und technischen Verbände an den Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Groener, folgendes Schreiben:

Em. Exzellenz danken wir für die Uebermittlung des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Mit dem leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden. Die Erhaltung der Sicherheit des Reiches steht an erster Stelle. Nach allen Kundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es einem politisch reifen Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Verminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands uns den baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitseinstellung von den Handlungen fernhalten, die geeignet wären, die Kraft der kämpfenden zu lähmen.

Seit Kriegsausbruch haben England und Frankreich, in Rücksicht von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front angehäuft. Das Ungeheuerliche, was ein Menschentum sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen heringebrochen. Nur ein herzloser und gewissenloser Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu verweigern.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Ueberzeugung auch die Bevölkerungskreise, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Innerhalb wird alles geschehen, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern. Von unverantwortlichen Leuten ist glücklicherweise mit ganz vereinzeltem Erfolg, versucht worden, die Arbeitseinstellung der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienstbar zu machen. Der Wunsch nach einer baldigen Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in den anderen kriegführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß. Er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bewußtlich ist es, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise, dieses Mittel in einer Verweigerung der Herbeiführung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die beklagten Arbeitseinstellungen im eingetretenen Umfang nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für eine Zustimmung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, welche die Stimmung für die Arbeitseinstellung schuf, ist in unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt, und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Rationierung, jedoch nur zu geringen Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind.

Das Verlangen, Maßnahmen zu reiflicher Erfassung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schnellstens herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und der Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Mithilftlosigkeit und dem bann zu erwartenden Erfolg durchgeführt werden. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Im weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Die unzureichende Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Zäsuren bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes und die vielfachen Verluste, die durch Gefes der Arbeitnehmerschaft zuletzten Rechte eingeschränkt oder zu befehlen, sind geeignet, große Mißstimmung und steilen Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krie-

ges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und scharfen Kämpfen führten und auch jetzt unausgeglickte Reibungen hervorgerufen. Hier eine Änderung herbeizuführen, sollten die Staats- und Betriebsleitung sich nachdrücklich anlegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserem Lande befriedigen, die durch willkürliche Herabminderung der Lieferung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heerarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit tiefem Ernst, welchen die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schwersten Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.

Em. Exzellenz bitten wir, Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, gez. Leuten.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, gez. Franz Wehrens.
- Verband der deutschen Gewerksvereine (S. D.), gez. Gustav Hartmann.
- Polnische Berufsvereine, gez. Kumor.
- Arbeitsgemeinschaft für kaufmännische Verbände, gez. Dr. Kochler.
- Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht, gez. Aufhäuser.
- Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände, gez. Dr. Hoffe.

Englische und französische Teilangriffe abgewiesen.

Amlich. WTB. Großes Hauptquartier, 26. April.
 Westlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Gestern raffte sich der Feind bei Arras nur noch zu Teilangriffen auf.
 Südlich der Scarpe stürmte seine Angriffsstellen dreimal gegen unsere Linien, dreimal wurden sie zurückgeworfen. Der Artilleriekampf hielt in einigen Abschnitten in beträchtlicher Stärke an. Bei Gavrelle liegt unsere Stellung am östlichen Vorraube.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Die Gesamtlage ist unverändert.
 Der Feindkampf beschränkte sich auf begrenzte Frontstrecken. Bei Hurbette etc. und östlich wurden durch Vorstöße, bei denen wir 3 Offiziere und mehr als 160 Franzosen in Gefangenen machten, unsere Stellungen auf dem Chemin-des-Dames-Hüden verbessert.
 Am Abend griff der Feind nach heftiger Feuerheerung bei Verchies von Braye in 3 Kilometer Breite an; er wurde blutig zurückgewiesen.
 In der Champagne kam es nur zu Handgranatentämpfen.
 Heeresgruppe Herzog Albrecht.
 Keine besonderen Ereignisse.

Gestern verlor der Feind 6 Flugzeuge, von denen Leutnant Schaefer 2, seinen 22. und 23. Gegner, abschoss.
 Westlicher Kriegsschauplatz.
 Südlich von Riga, bei Jakobshadi, Smorgon, westlich von Uck, östlich von Jlocoj an Jloia Ripa und längs Puma und Sereth hat die russische Feuerkraft und entsprechend unser Vergeltungsfeuer zugenommen.

Westbalkanischer Front.
 Anlässen von Geiragenen aus dem Kampf am Doiran-See am 24. April ergaben, daß dort die Engländer mit starken Kräften auf schmaler Front einen in seinen Zielen weitgehendsten Angriff geführt haben.
 Die weitere bulgarische Infanterie hat einen schönen Erfolg davongetragen, alle ihre Stellungen behauptet und dem Feind im Verein mit deutschen und bulgarischen Maschinengewehren und Batterien schwere Verluste zugefügt.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

WTB. Wien, 26. April. Amlich.
 Westlicher Kriegsschauplatz.
 Die russische Artillerie forderte an mehreren Stellen das Vergeltungsfeuer unserer Geschütze heraus. Keine besonderen Kampfergebnisse.
 Italienischer und Südbalkanischer Kriegsschauplatz.
 Unverändert.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
 v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der englische Ansturm.

Der Anteil der Heimatfront am deutschen Siege.
 Im Felde, 25. April.
 Der Dienstag brachte die energische Fortsetzung des englischen Generalsturms an der Arras-Front. Dabei verjagte sich das Zentrum der Kämpfe weiter südlich. Während der geschlagenen Gegner im Namen von Lens und Ligny und in dem Schutze starker Artilleriegeschütze gestern seine Verbände neu ordnete, brach er zu beiden Seiten der Scarpe-Niederung in mehreren Wellen und dichten Kolonnen erneut gegen unsere erste Linie vor. In der Gegend von Cavell, nordöstlich Arras, entpannen sich nach leichtem englischen Vorrücken erbitterte Nahkämpfe, die noch nicht abgeschlossen sind. Hier richtete das deutsche Sperrfeuer in den dicht massierten englischen Sturmkolonnen besonders große Verheerungen an. Tollkühne Verluste englischer Artillerie, ihren Infanteriemassen zu folgen, endeten westlich von Gavrelle mit der völligen Zusammenstreuung dieser frisch aufgeführten Batterie. Süd-